

Jahresgutachten des Wirtschafts- und Sozialrats zur Lage der Nation

Alleinerziehenden unter die Arme greifen

Die Auswirkungen der Finanzkrise auf Luxemburg, die Transparenz der Staatsfinanzen und die Instrumente zur Gewährleistung des sozialen Zusammenhalts - die drei Themenbereiche auf die sich das neuste Gutachten des Wirtschafts- und Sozialrats zur sozioökonomischen und finanziellen Lage des Großherzogtums konzentriert. Gestern stellte der Vorstand des aus Patronats-, Saliariats- und Staatsvertretern zusammengesetzte Gremium das Gutachten vor, das zur Vorbereitung der Regierungserklärung zur Lage der Nation am 22. Mai dient. „Da der Finanzsektor einen vorrangigen Platz in der luxemburgischen Wirtschaft einnimmt, scheint diese verletzlicher als die anderen europäischen Wirtschaften“, leitet der WSR eine Analyse der Branche ein, nachdem er eine Abkühlung der Weltwirtschaft feststellt. Die Ausläufer der im August 2007 ausgebrochenen Hypothekenkreditkrise in den USA trafen den Finanzplatz eher indirekt, da hier wenig „Investment Bank“-Aktivität stattfindet, die Finanzbranche, die derzeit am meisten unter der Krise leidet. Aber die Nervosität der Märkte, der Vertrauensverlust zwischen den Banken und den Kreditgebern sei ein Risiko für den Luxemburger Finanzsektor, der ein Drittel der Staatseinnahmen bringt und direkt und indirekt 50% zum BIP beiträgt. Auch wenn einige Banken wohl stärker in Turbulenzen geraten würden und das Nettoresultat der Banken, die 2007 fast doppelt so viel provisioniert haben wie 2006, insgesamt gefallen sei, sei der Bankensektor fundamental solide. Der WSR beschäftigt sich ferner mit den Auswirkungen der Situation auf die Realwirtschaft - wenn die Finanzinstitute selbst Refinanzierungsprobleme haben, bekommen auch die Unternehmen und Privatleute das zu spüren, denn dann verhärten sich die Kreditvergabekriterien. Der WSR weist auf Kreditrisiken für die Banken hin, die Zinsen würden steigen und die Zinsmargen der Banken nach unten drücken, derweil das Kommissionsgeschäft an den Korrekturen an den Finanzmärkten zu leiden droht. Fazit: Rekordresultate wie in den vergangenen Jahren sind auszuschließen und zusätzliche Wertkorrekturen zu erwarten, was in der Praxis ebenfalls Restrukturierungen der luxemburgischen Filialen internationaler Bankhäuser mit sich bringen könnte und dem Jobwachstum in der Branche eine Dämpfer verpassen könnte.

Steuerabschlag für Alleinerziehende in Bonus umwandeln

In einem weiteren Kapitel geht der WSR auf die psychologische, soziale und politische Dimensionen des sozialen Zusammenhalts ein. Unter Nutzung von bekanntem Zahlenmaterial aus dem Statec-Bericht „Rapport travail et cohésion sociale 2007“. Nach Analyse dieser Daten kommt der WSR zum Schluß, dass die Zahl der Mitbürger in der untersten Einkommensklasse stark angestiegen ist. Was bringen die rezenten Initiativen zur Kompensierung des unter anderem durch die Maßnahmen der Budgetsanierungstripartite 2006 eingeleiteten Kaufkraftverlusts? Die Einführung des Kinderbonus schreibt sich für den WSR in die seit den 1990ern verfolgte Familienpolitik ein, die die Steuererleichterungen pro Kind zugunsten der Anhebung der Familienzuzwendungen abbaut. Während das Gremium den Umstand begrüßt, dass

auch Nicht-Steuerpflichtige nun in den Genuß der 922,5 Euro pro Kind kommen, bedauert es die Nicht-Verfügbarkeit verlässlicher Daten über die Haushalte, was eine Bewertung des Impakts der Maßnahme schwierig macht. Klar sei, so der WSR, dass sich bei den derzeit Steuerpflichtigen der Kinderbonus durch die gleichzeitige Abschaffung der Steuererleichterungen für Kinder weitestgehend aufhebt. Das Gremium unterstreicht die Wichtigkeit einer künftigen Ausschüttung der Zuwendung auf monatlicher Basis; die Familienkasse müsse ausgerüstet werden, um den Verwaltungsaufwand schultern zu können. Generell geht der WSR davon aus, dass der Kinderbonus helfen wird, das Armutsrisiko der Familien mit Kindern zu drücken. Er verweist aber auch darauf, dass durch die Anpassung der Steuerkategorien einige Haushalte - und besonders Familien mit zwei Kindern in denen beide Eltern erwerbstätig sind - monatlich mehr Steuerbelastung verkraften müssen. Sie könnten allerdings einen Steuernachlass beantragen. Ferner analysiert der WSR die Idee der Umwandlung des Steuernachlasses für Alleinerziehende - sie sind besonders armutsgefährdet - in einen Bonus. Das Gremium tritt dafür ein, dass ein solcher Bonus sich am maximalen Steuernachlasssatz orientiert. Die Berechnungen ergeben eine Summe von 747,84 Euro - also 62 Euro monatlich - die so an jeden Alleinerziehenden ausgeschüttet werden sollte.

Steuertabelle regelmäßig anpassen

Die Anpassung der Steuertabelle an die Inflation beschäftigte den WSR ferner. Die Nicht-Anpassung seit 2002 – seither hat die Inflation um 16% zugelegt - hat dem Staat 520 Millionen Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen beschert. Durch die Anpassung um 6% zum 1. Januar 2008 gab der Staat rund 200 Millionen zurück. Das nehme ein wenig Steuerlast weg, allerdings würden die nichtsteuerpflichtigen unteren Einkommensklassen wenig davon profitieren. Der WSR spricht sich für eine regelmäßige Anpassung der Steuertabelle aus. Jedoch würden sich die soziale Kluft verbreitern, wenn man nicht parallel Maßnahmen für die Kleinverdiener ins Auge fassen würde. Detailliert betrachtet der WSR das Armutsrisiko, das 2006 in Luxemburg bei 14% lag (13,4% in 2005, 25.600 Haushalte sind vom Armutsrisiko betroffen) und besonders arbeitslose Alleinerziehende mit niedriger Qualifizierung betrifft. Ohne die Sozialtransfers liege dieser Indikator bei 24% (EU-Durchschnitt: 26%). Sorgen bereiten den Betroffenen vor allem die Ausgaben fürs Wohnen. Wie kommt man dem Armutsrisiko bei? Der WSR stützt sich bei seinen Vorschlägen auf Szenarien, die der Statec bereits 2006 berechnet hat - verschiedene Anpassungssätze der verfügbaren Einkommen oder der Zuwendungen für Kinder werden hier ins Auge gefasst.

WSR Alleinerziehende unterstützen

Steige das verfügbare Einkommen der Haushalte, die weniger als 60% des Medianeinkommen (1.484 Euro für eine Person ohne Kinder) verdienen um 15%, würde das Armutsrisiko auf 10,84% gesenkt - das effizienteste Szenario, allerdings auch das teuerste, würde es 1,6% des BIP kosten. Am „günstigsten“ die Anpassung des Einkommens der Familien mit Kindern um 100 Euro - 0,3 % des PIB würde eine solche Maßnahme kosten, allerdings wäre der Impakt auf das Armutsrisiko relativ gering (man bekäme es auf 12,95% runter). A priori scheint dem WSR die Anpassung des garantierten Grundeinkommens in Richtung Mindesteinkommen das beste Mittel zum Kampf gegen das Armutsrisiko. Die Maßnahme würde 242 Millionen Euro kosten.

Allerdings bestünde dann die Gefahr, dass das RMG zu einer „trappe à inactivité“ wird... Konkret macht der WSR Druck für einen rapiden Ausbau der Infrastrukturen, die eine bessere Adäquation des Berufs- und Familienlebens ermöglichen, verstärkte Maßnahmen zur Förderung von Aus- und Weiterbildung, zielgerichtetere Sozialtransfers für Armutsgefährdete (die Umwandlung des Arbeitnehmerfreibetrags in einen Bonus wird begrüßt) und fordert eine Analyse der Berechnung des RMG (die Kinder fallen derzeit zu wenig darin ins Gewicht) und Gedanken über Begleitmaßnahmen für Familienzuschüsse in Form von Dienstleistungsschecks für Kinderhorte, Kantinen usw. Der WSR spricht sich nochmals deutlich für die Umwandlung des Steuerabschlags für Alleinerziehende in einen Bonus aus und für eine regelmäßige Anpassung sowohl der Steuertabellen als auch der Sozialtransferleistungen zugunsten des Kaufkraftverlusts.

Gutachten zur Inflation

Der dritte Teil des Berichts befasst sich dann mit den öffentlichen Finanzen, die transparenter und aktueller gestaltet werden müssten - die Schaffung einer ständig aktualisierten Datenbank im Finanzministerium wird beispielsweise angeregt – zumal ein bedeutender Teil der Einnahmen sehr „volatil“ daher kommt. Man erinnert sich, dass sich die Arbeitnehmerseite letztes Jahr vom Votum des WSR-Berichts enthielt, weil sie den Eindruck hatte, dass bei den Tripartiteverhandlungen von falschen Budgetzahlen ausgegangen worden war. Ferner war gestern von WSR-Präsident Romain Schmit (Fédération des Artisans) zu erfahren, dass das Gremium bis Ende des Jahres einen Spezialbericht über die Auslöser der Inflation vorstellen will. Schmit schlug auch vor, dass der WSR sich im kommenden Jahresbericht mit der Lage der behinderten und gebrechlichen Arbeitnehmer beschäftigen soll. › c.